

L-01-254 Ein grünes Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von Prävention bis zur Versorgung und von der Geburt bis ins hohe Alter

Antragsteller*in: Tim Ullrich (KV Berlin-Neukölln)

Status: Modifiziert übernommen

Änderungsantrag zu L-01NEU

Von Zeile 255 bis 257:

Krankenhäusern, Senioreneinrichtungen und öffentlichen Kantinen wird Berlin bis 2026 weitestgehend auf biologische, regionale und saisonale Lebensmittel umsteigen. ~~Zudem~~Wir wollen ~~wir~~ pflanzliche Ernährung und damit einen deutlich reduzierten Fleischkonsum, faire Ernährungsumgebungen und den Tierschutz fördern. Deshalb setzen wir uns im Bund für die Einführung eines flächendeckend kostenlosen Kita- und Schulessens ein, das den Empfehlungen der Planetary-Health-Diet der EAT-Lancet-Kommission von 2019 entspricht. Wir folgen den Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz der Bundesregierung (WBAE) und setzen uns zur Gegenfinanzierung für eine gesundheitsförderliche Mehrwertsteuerreform und eine Softdrinksteuer (SSB-Tax) ein. Bis zur Schaffung bundeseinheitlicher Regelungen prüfen wir, wie die Schaffung von fairen Ernährungsumgebungen aus Landesmitteln weiter unterstützt werden kann.

Begründung

Ein Drittel der globalen Treibhausgasemissionen werden durch das globale Ernährungssystem verursacht. Da bei der Ernährung gilt, dass den Menschen guttut, was der Erde guttut, bestehen jedoch glücklicherweise große Synergien bzw. Co-Benefits (gemeinsame Vorteile) einer gesundheitsgerechten und klimaschonenden Politik, die sozialen Ausgleich schafft und den Tierschutz verbessert. Es ist Zeit von einer Lose-Lose auf eine Win-Win-Ernährung umzustellen. Durch eine Umstellung der globalen Ernährung nach den Empfehlungen der Planetary Health Diet bis 2050 lassen sich bis zu 10 Millionen vorzeitige Todesfälle pro Jahr verhindern und die Einhaltung der planetaren Grenzen gewährleisten. Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) empfiehlt in Deutschland als zentrale Maßnahmen zur Bewältigung der Ernährungswende die Schaffung fairer Ernährungsumgebungen, den sofortigen Systemwechsel in der Kita- und Schulverpflegung und zur Gegenfinanzierung die Umsetzung einer gesundheitsförderlichen Mehrwertsteuerreform. Diese muss auf Bundesebene kommen. Der Food Environment Policy Index 2021 hat aufgezeigt, dass Deutschland im internationalen Vergleich hinterherhinkt, wenn es darum geht, ein gesundes Ernährungsumfeld zu schaffen. Die Umstellung der Gemeinschaftsverpflegungen in Kitas, Schulen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen auf ein gesundes und nachhaltiges Ernährungsangebot, das allen Familien kostenfrei zur Verfügung steht und die planetaren Grenzen einhält, verbindet Prävention und Gesundheitsförderung, stellt Chancengleichheit sicher, bekämpft die Epidemien von Fehlernährung, Diabetes und Adipositas, trägt zum Klimaschutz bei und spart langfristig Kosten im Gesundheitssystem.

Unterstützer*innen

Axel Lüssow (KV Berlin-Pankow); Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg); Delia Baum (KV Berlin-Pankow); Stefanie Aehnelt (KV Berlin-Neukölln); Reinhard Koppenleitner (KV Berlin-Reinickendorf); Katrin Michalzik (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Dorothea Wagner (KV Berlin-Mitte); Kilian Dreißig (KV

Berlin-Pankow); Helene Bond (KV Berlin-Pankow); Julius Johannes Taraz (KV Berlin-Steglitz/
Zehlendorf); Charlotte Müseler (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Hans Hagedorn (KV Berlin-
Pankow); Christiane Hohensee (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/
Schöneberg); Aleksandra Kwasnik (KV Berlin-Pankow); Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg);
Kathleen Rabe (KV Berlin-Pankow); Janis Prinz (KV Berlin-Pankow); Diana von Webel (KV Berlin-
Pankow); Pauline Kröger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Alexandra Heimerl (KV Berlin-
Lichtenberg); Sabine Kunde (KV Berlin-Reinickendorf)